

# Bericht

---



## Bericht des Präsidenten

**Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer, 04. Juni 2021**

Dr. Peter Engel,  
Präsident der Bundeszahnärztekammer



Sehr geehrte (Anrede),

als ich im Oktober 2008 die Stuttgarter Reithalle zur Bundesversammlung betrat, war ich nicht alleine. Mein stiller Begleiter war ein im Außenbereich eingelassener bronzener Pflasterstein, der mich gedanklich die ganzen Jahre begleitete. Im Grunde war dieser „Stein der Weisen“ über all die Zeit mein eigener zukunftsstragender Fels in der Brandung. Nach drei Wiederwahlen und einer bewegenden Zeit bin ich aber nicht dem Stein dankbar, sondern vor allem Ihnen. Sie haben mir über die Jahre das Vertrauen ausgesprochen, sind mir immer mit Respekt und Wertschätzung begegnet und haben mich mit Rat und Tat unterstützt.

Damals haben wir uns am Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Regierung abgearbeitet. In diesem Jahr werden wir uns natürlich wieder einen neuen Koalitionsvertrag vornehmen und mit unseren gesundheitspolitischen Positionen abgleichen. Bevor ich aber auf eine veränderte Welt und neue Rahmenbedingungen näher eingehe, muss ich feststellen, dass mich eine Person von Beginn bis heute begleitet hat: Bundeskanzlerin Angela Merkel: Sie amtiert seit 2005 und steht für die Wahl im September 2021 nicht mehr zur Verfügung. Diese politische Veränderung wird nicht nur für die Bundesrepublik einschneidend, sondern ist auch für uns ein signifikanter Wechsel in turbulenten Zeiten.

Und doch bestimmt nicht nur die Bundestagswahl 2021 unsere Zukunft, sondern immer noch ein Virus. Frau Merkel hat es letztes Jahr mit folgendem Zitat auf den Punkt gebracht: „Das Virus ist eine demokratische Zumutung.“ Diese Zumutung beschäftigt uns mittlerweile seit über einem Jahr und auch wenn gen Sommer sehr viele Menschen in Deutschland geimpft sein werden, ist nicht auszuschließen, dass uns Mutanten und neue Formen des Virus weiterhin in Atem halten. Ich bin Rheinländer und auch in schwierigen Zeiten voller Zuversicht und habe mich schon 2008 gerne als praktizierender Realist geoutet. Deshalb bleibe ich zuversichtlich, hoffe auf das weiter galoppierende Impftempo und appelliere gleichzeitig an eine erhöhte Wach- und Achtsamkeit.

Lessons learned

Und doch ist die Zeit längst angebrochen, um über die sogenannten „lessons learned“ zu sprechen und was diese für die Zukunft der Zahnärztinnen und Zahnärzte in Deutschland und Europa bedeuten. Lassen Sie mich auf folgende strategische Schwerpunkte eingehen:

- 1) Wo stehen wir eigentlich in Europa?
- 2) Welche Rolle spielt unser Heilberuf?
- 3) Wie stark ist unsere Selbstverwaltung?
- 4) Und was kommt politisch auf uns zu?

Europa ist unsere Zukunft, aber Vergemeinschaftung ist kein Selbstzweck

An jedem Europatag eines Jahres hören wir Bekenntnisse zu mehr Gemeinsamkeit und Solidarität in Europa, mehr Willen zu einem gestärkten Miteinander und mehr Anstrengungen zur Vergemeinschaftung von Politikfeldern. Kurz: Europa ist ein wichtiger Teil unserer Zukunft und Europa bietet in seiner Vielfalt in vielen Bereichen mehr Lösungen als es nationale Alleingänge vermögen. Das ist gut und richtig und historisch wohl begründet.

Und doch gibt uns die Realität Anlass genauer hinzuschauen. Zu Beginn der Pandemie gab es überall einen Mangel an Schutzausrüstung, der in der Krise nicht europäisch solidarisch gelöst wurde, sondern in erster Linie national und in teils schärfster Konkurrenz der europäischen Mitgliedstaaten untereinander. Vor einem Jahr bemühte sich die europäische Ebene um eine stärkere Koordination unter den Mitgliedstaaten, aber ein wirklich gemeinsames Vorgehen auf einem umkämpften Weltmarkt sieht dann doch etwas anders aus.

Die ersten Lehren aus dieser Dysfunktionalität sind gezogen. In diesem Fall heißt es, dass die nationalen Reserven gestärkt werden sollen. Das ist gut so. Und trotzdem hilft ein starkes,

gemeinsames europäisches Vorgehen auf knappen Weltmärkten, um in Zukunft einfach größere Mengen zu akzeptablen Preisen rechtzeitig zu bekommen. Und vor der nächsten Krise für alle Mitgliedstaaten vorzuhalten. Dies ist ein Wunsch und noch keine Wirklichkeit.

Im Nachhinein beschäftigen uns aber noch mehr Fragen, die wir eigentlich durch gemeinsames europäisches Vorgehen vermeiden wollten:

Warum hat Brüssel nicht schneller mit den Herstellern verhandelt? Und warum wurde nicht gemeinsam mehr Geld in die Hand genommen, um schneller und mehr Impfstoff zu bekommen?

Fragen, die jetzt vielleicht klarer beantwortet werden können, stellten sich während der verschiedenen Wellen nicht so zugespitzt. Oder die Pandemie entwickelte sich exponentiell, wofür es in Behörden kaum Strukturen gab und gibt.

In diesem europäischen Fahrwasser der lessons learned haben wir jüngst, am 16. Europatag der Bundeszahnärztekammer, über die Schaffung einer Gesundheitsunion unter dem Eindruck „Wunsch oder Wirklichkeit“ diskutiert. Die Idee ist nicht ganz neu, wurde schon 1952 unter der Überschrift „Europäische Gesundheitsgemeinschaft“ diskutiert, aber erst 1992 im Vertrag von Maastricht auf eine verbindliche Grundlage gestellt. Allerdings sind bis heute die EU-Mitgliedstaaten für die Organisation und Finanzierung ihrer Gesundheitssysteme zuständig.

Es gibt starke Kräfte, die für mehr Kompetenzen der EU werben und auch Frau Merkel steht diesem Bestreben mit der eigenen Aussage, „Ich war immer offen für Vertragsänderungen, wenn sie einen Sinn machen“ gegenüber.

Inwieweit mehr gesundheitspolitische Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen werden sollen, bedarf aus unserer Sicht allerdings noch einer vertieften Diskussion. Nicht alles, was auf den ersten Blick wünschenswert erscheint, ist machbar und auch sinnvoll. Vor allem, weil die Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedstaaten höchst unterschiedlich organisiert sind. Deshalb nehme ich die Kanzlerin beim Wort, wenn sie weiter ausführt, hier „mit Augenmaß und Fingerspitzengefühl vorzugehen“, und hoffe, dass auch unsere zukünftige Regierung von dieser Schiene nicht abweicht. Richtig bleibt, dass wir diese Diskussion aktiv und selbstbewusst begleiten müssen. Warum? Weil mit den bekannten, wohlklingenden Vokabeln wie mehr Vergemeinschaftung und Unionisierung auch immer Grabungen an der besonderen Stellung der Freien Heilberufe in Deutschland verbunden sind.

Die starke Stellung des Heilberufes ist der Schlüssel für das Patientenwohl

Die Stellung der Heilberufe ist für mich der Schlüssel im Vertrauensverhältnis zwischen Zahnarzt und Patient – für einen Patientenschutz, wie wir ihn kennen, wollen und schätzen.

Im Zuge verschiedener Diskussionen wird bei dem Begriff Binnenmarkt leider zu viel Wert auf die reine Marktorientierung gelegt. Lassen wir uns hier klar sein und nicht irreführen: Wenn der Fokus auf den Markt zu Lasten der Patientensicherheit geht, müssen wir als Berufsstand aufstehen und klare Kante zeigen. Ein glaubwürdiges Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient ist das Fundament eines starken und funktionierenden Gesundheitssystems, wie wir es leben und unsere Patientinnen und Patienten es schätzen. Für dieses belastbare Vertrauensverhältnis ist ein besonderer Schutz der Freien Heilberufe unabdingbar.

Die zahnärztliche Therapiefreiheit und die individuelle Patientenbetreuung machen den Unterschied. Wir handeln verantwortlich und schätzen im Gegenzug den mündigen Patienten. Diese Haltung unterscheidet die Zahnarztpraxis in Eigenverantwortung von den Dentalketten mit Fremdinvestoren. Fremdinvestoren sind nicht per se Heuschrecken, wie der damalige SPD-Chef Franz Müntefering in der Diskussion um rücksichtslose Finanzinvestoren polarisierte.

Aber gerade im Gesundheitswesen muss Qualität der oberste Maßstab bleiben und nicht die Renditeerwartung des nächsten Quartals, nicht die Quotenvorgabe für angestellte Zahnärztinnen und Zahnärzte in i-MVZ und auch nicht die verlockende Marketingmaßnahme

zulasten der medizinischen Notwendigkeit. Zahnärztinnen und Zahnärzte im Sinne des freien Heilberufes sind nicht weisungsgebunden und unterliegen im Gegenzug besonderen Berufspflichten. Diese Grundsätzlichkeit ist ein schützenswertes Gut im Sinne des Patientenwohls und muss sich in Dentalketten – aus unserer Sicht – zu sehr kommerziellen Zwängen unterordnen.

Lassen Sie mich diese verlockenden Marketingmaßnahmen bis hin zum Discount an einem konkreten Beispiel festmachen: Am 17. Mai fand im Bundestag auf Antrag der FDP-Bundestagsfraktion die Anhörung zum Thema Patientensicherheit bei gewerblichen Aligner-Behandlungen statt. Diese Behandlungen müssen zum Schutz der Patientinnen und Patienten von Kolleginnen und Kollegen durchgeführt werden. In den vergangenen Jahren haben Unternehmen diesen Markt für sich entdeckt und bieten Behandlungen im Internet an, die dem Patienten oft ein Abdruck-Set nach Hause liefern.

Dort kann der Patient selbst eigene Abdrucke und Korrekturen vornehmen. Die Folge sind oft Schäden, Schmerzen und hohe Kosten. Das eigentlich Schmerzhafte ist aber die mangelnde Kontrolle dubioser Angebote, weil die Aufsicht nicht bei uns Zahnärztekammern liegt. Ganz zu schweigen von den i-MVZ und anderen Dentalketten, die der Aufsicht der Industrie- und Handelskammern unterliegen. Die Hoheit über Heilbehandlungen ist aber eine medizinisch-fachliche Frage und keine ökonomische. Eine Frage, die den Schutz von Patientinnen und Patienten betrifft und nicht die Interessen von Unternehmen. Hier dürfen keine Regelungslücken im Tauziehen von Berufsrecht und dem SGB V entstehen, sondern Klarheit und Sicherheit im Sinne der Zahngesundheit für Millionen von Patientinnen und Patienten..

Über 70 Prozent der Zahnärzteschaft sind in unserem Land immer noch in eigenen Praxen tätig und tragen Eigenverantwortung für ihre Patientinnen und Patienten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese Struktur ist immer noch eine starke Grundlage für die Versorgungsqualität in Stadt und Land, von Köln über Kassel bis Cottbus.

Dentalketten bevorzugen Metropolregionen und Großstädte, weniger die ländlichen Räume und Dörfer. Die flächendeckende Versorgung ist aber ein politisches, richtiges Ziel -und alle Patientinnen und Patienten haben einen Anspruch auf bestmögliche Versorgung, egal wo sie wohnen. Deshalb bringen wir uns mit einer aktiven Standespolitik im Sinne einer wirksamen Selbstverwaltung politisch ein, um immer wieder den besonderen Mehrwert der Freien Heilberufe für Millionen von Patientinnen und Patienten zu verteidigen. Und wir bringen uns aktiv in die politische Debatte ein, um Anreize für junge Zahnärztinnen und Zahnärzte zu schaffen, sich in Stadt UND Land niederzulassen.

### Selbstverwaltung braucht Engagement

Wer die Freiheit der Heilberufe stärken möchte, muss sich engagieren. Und wenn wir hier und heute über sogenannte „lessons learned“ sprechen, dann heißt dies für mich: nur ein starkes, von hoher Fachkenntnis geprägtes, eigenes Engagement in der Sache und ein hohes Maß an Verantwortungsgefühl für das Gemeinwohl führen zu einer schlagkräftigen Selbstverwaltung unseres Berufsstandes.

Das letzte Jahr hat noch einmal schmerzhaft vor Augen geführt, was passieren kann, wenn wir hier nicht aktiv am Ball bleiben. Die immer gleichen Vorurteile gegenüber unserem Berufsstand gibt es schon seit langem. Aber wenn in einer Krise die verzerrte Wahrnehmung unseres Berufsstandes dazu führt, dass unsere Systemrelevanz von politischer Seite angezweifelt wird – so jedenfalls kam es bei vielen von uns an-, dann muss jede engagierte Zahnärztin und jeder engagierte Zahnarzt hellhörig werden. Zumal wir aus Befragungen wissen, dass die Patientinnen und Patienten mit ihrem eigenen Zahnarzt, ihrer eigenen Zahnärztin, äußerst zufrieden sind, aber der Gesamteindruck des Berufsstandes dem leider nicht immer entspricht.

Der Kritik begegnen wir aber nur effektiv, wenn wir innovativ auf Veränderungen reagieren, wenn wir positiv und nach vorne gerichtet agieren. Die Wahrnehmung der Standespolitik muss dafür jünger und auch weiblicher werden, sonst arbeiten wir an den Bedürfnissen der nächsten Generation und an der Wahrnehmung der Politik vorbei. Dies ist am Ende auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Auf der anderen Seite muss dafür auch die strikte Trennung zwischen Rechtsaufsicht und Fachaufsicht gewährleistet werden. Die zunehmend zu beobachtende Unterwanderung der Fachaufsicht durch die Rechtsaufsicht – also das, was wir immer als Versozialrechtlichung kritisieren – führt zu erheblichen Problemen in den Praxen und dient nur selten dem Patientenwohl.

Ein klügerer Mensch als ich hat das einmal auf eine andere Ebene gehoben und gesagt: Der Schlüssel für die Zukunft liegt nicht in den äußeren, objektiven Gegebenheiten des Staates, sondern in der inneren, subjektiven Beschaffenheit von Individuen.

Fakt ist, dass 63 Prozent der unter 35-Jährigen Frauen sind. Und Fakt ist, dass immer mehr Frauen Zahnmedizin studieren. Und für sie ist es möglicherweise nicht mehr das oberste Ziel, eine eigene Zahnarztpraxis zu unterhalten. Warum? Weil die Balance zwischen Beruf und Familie immer wichtiger wird. Gesellschaftspolitisch ist das ja eigentlich ein schöner, optimistischer Trend, der sicherlich auch auf einen Teil der Männer zutrifft. Weil Teilzeit, flexible Arbeitszeiten und Kinderbetreuung kein Stoppschild für die Karriere sein sollen, sondern ein Willkommensschild in einem modernen Praxisalltag und in starken Institutionen.

Heute ist schon jede fünfte Zahnärztin/Zahnarzt angestellt und die Zahlen deuten darauf hin, dass abseits der eigenen Praxis andere Formen der Berufsausübung auch attraktiv sind.

Diese Veränderungen müssen sich auch in der Standespolitik in Land und Bund widerspiegeln. Wenn die Standespolitik für den Nachwuchs attraktiv bleiben will – und das muss sie – dann sind in Zukunft zum Beispiel digitale Qualitätszirkel wichtiger als Nachbesprechungen an der Theke, dann wird das Machen wichtiger als das Meckern und wird die eigene Modernisierung eine Frage von Alt UND Jung sowie von Frauen UND Männern. Clint Eastwood wird das Zitat zugeschrieben, „ein Mann will von einer Frau das gleiche wie eine Frau von einem Mann: Respekt.“ In diesem Sinne wären Veränderungen meines Erachtens nicht nur wünschenswert, sondern systemrelevant.

Innovativ agieren, heißt aber auch kommunikativ klarer über die Leistungen von über 50.000 Zahnarztpraxen und unsere Kompetenzen aufzuklären. Seit bald einem Jahr geben wir mit der Kommunikationsoffensive #GesundAbMund der Öffentlichkeit einen neuen Eindruck und tieferen Einblick über unser Leistungsspektrum und unsere Fähigkeiten, die weit über den reinen Zahnersatz und die Prophylaxe hinausgehen. Diese Inhalte präsentieren wir modern, vor allem digital und ganz besonders gegenüber der Politik, die die Zahnärzteschaft – jedenfalls teilweise offensichtlich – für zu gut situiert hält. Unsere Systemrelevanz wurde nicht sofort mit einem klaren Ja beantwortet. Das hat uns nicht nur gestört, sondern gekränkt.

Deshalb bin ich froh, dass wir mit unserer Kampagne einiges richtigstellen können. Dass wir zeigen können, was wir Zahnärzte wirklich leisten, was wir einbringen, warum das wichtig ist für die Gesundheit und für die Gesellschaft. Dass wir Hygiene exzellent können. „So geht Hygiene“ konnten wir in dem dazugehörigen Social-Media-Film denn auch gut begründet behaupten und versprechen. Mehr dazu wird mein Kollege Dietmar Oesterreich ausführen.

Versprechungen und damit verbundene besondere Leistungen kosten aber Geld. Deshalb sind wir froh, dass im Zuge der Pandemie BZÄK, PKV-Verband und Beihilfe von Bund und Ländern sich schnell verständigen konnten. Die eingeführte Hygiene-Pauschale hat sehr geholfen, die höheren Aufwendungen für Schutzkleidung und das spezielle Praxis- und Patientenmanagement

angemessen zu vergüten. Diese Regelung greift jetzt bis zum 30. Juni und ich behaupte, dass wir auch nach dem 30. Juni nicht hinter den jetzt erreichten Hygienestandard in den Zahnarztpraxen zurückgehen dürfen. Die Unsicherheit der Patientinnen und Patienten wird trotz verbesserter Sieben-Tage-Inzidenz-Werte nicht pünktlich zum Stichtag enden. Hier wollen und müssen wir im Sinne unserer Patientinnen und Praxis-Teams am Ball bleiben.

Beim Thema Nachhaltigkeit brauchen wir uns nicht zu verstecken

Innovativ agieren, heißt auch das Thema Nachhaltigkeit in den Blick nehmen. Warum? Weil wir Nachhaltigkeit behandelt haben, als das Wort noch nicht inflationär gebraucht wurde. Stichwort: Amalgamabscheider. Unsere Einstellungen zur flächendeckenden Versorgung in Stadt und Land habe ich schon unterstrichen. Diese Haltung ist nachhaltig und lebenswichtig vor allem für Bürgerinnen und Bürger außerhalb von Ballungsgebieten.

Über 72.000 Zahnärzte und Zahnärztinnen in Deutschland fokussieren das Thema Prävention. Seit Jahren legen wir hier bei mangelhafter Vorsorge den Finger in die Wunde und appellieren an den regelmäßigen Zahnarztbesuch, an die Vorteile der Prophylaxe und die Aufklärung von der Kita bis ins hohe Alter. Im internationalen Vergleich ist die zahnmedizinische Versorgung in Deutschland vorbildlich: Laut der letzten Mundgesundheitsstudie freuen sich Kinder hierzulande über die gesündesten Zähne und deutsche Senioren leiden nur noch selten an völliger Zahnlosigkeit: ein stolzes Ergebnis präventiver Maßnahmen und unserer Leistungen. Damit sind wir auch im internationalen Vergleich ganz weit oben gelandet.

Liebe Delegierte, auch das ist Nachhaltigkeit. Doch hier bleiben wir nicht stehen, wir müssen uns noch mehr bewegen. Und wir gehen gerne konkrete Schritte, weil die nächste Generation ein Recht darauf hat, eine Welt vorzufinden, in der natürliche Ressourcen noch existieren. In unserer Positionsbeschreibung „Nachhaltigkeit in der Zahnmedizin“ vom April dieses Jahres betonen wir, warum für die Zahnärzteschaft nachhaltiges und umweltbewusstes Handeln immer wichtiger wird.

Zentral ist, dass wir Verantwortung übernehmen. Verantwortung für den Erhalt natürlicher Ressourcen und Verantwortung für eine optimale Mundgesundheit. In diesem Spektrum – manchmal auch ein Spannungsfeld – orientieren wir uns an Grundsätzen der Nachhaltigkeit und arbeiten mit Herstellern, Händlern und Zahntechnikern sowie Behörden engagiert zusammen. Unser ökologischer Fußabdruck setzt sich aus verschiedenen Puzzleteilen zusammen, die wir nicht alle selbst beeinflussen können.

Aber wir können und wollen mit den Herstellern darauf hinwirken, dass wir mehr auf langlebige Medizinprodukte setzen und Materialien verwenden, die biologisch abbaubar sind. Hier wollen wir ehrgeizig sein, wohl wissend, dass bei allen Maßnahmen sichergestellt werden muss, dass Qualität und Sicherheit der zahnmedizinischen Behandlung im Fokus bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, insgesamt habe ich den Eindruck, dass wir in den Bundesländern und im Bund diese lessons learned gut bewältigen können, weil wir gut aufgestellt sind. Wir sind bei politischen Entscheidern präsent und haben uns über die Jahre eine trittfeste Reputation im politischen Berlin und auch in Brüssel aufgebaut. Dafür danke ich allen haupt- und ehrenamtlichen Mitstreitern.

Denn wir müssen diese Kraft der Selbstverwaltung noch stärker in die Waagschale werfen, weil nach dem 26. September ein neuer Bundeskanzler oder eine Bundeskanzlerin - in welcher Koalition auch immer - regieren wird. Prinzipiell wird das Geschäft der Interessenvertretung digitaler, schneller und vor allem komplexer. Diese Komplexität darf aber eine unserer Forderungen nicht verwässern.

Unser Ziel bleibt, weiter und hartnäckig für eine angemessene Anpassung der Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) zu streiten. Dass wir dieses Thema seit über einem Vierteljahrhundert immer noch erwähnen müssen, ist grotesk. 9 !!! Gesundheitsminister haben sich nicht bewegt, der Punktwert liegt nach wie vor bei peinlichen 11 Pfennig. Doch Zahnärzte können bohren - und wir werden weiterbohren, bis diese Ungerechtigkeit beseitigt ist. Ungerecht, weil die Kosten seit fast 30 Jahren nicht stagnieren und diese Art der Vergütung den medizinischen Fortschritt für alle Patientinnen und Patienten nicht gerade fördert. Gute Qualität verdient eine angemessene und gute Bezahlung. Darum wollen wir nicht betteln müssen!

Rückenwind haben wir beim Thema Vergütung leider nicht. Wie wir es von politischen Entscheidungsträgern kennen, loben sie uns auf offener Bühne, während sie im konkreten Bereich eher dosiert daherkommen. Beim diesjährigen SpiFa-Fachärztetag gab Bundesminister Jens Spahn ein klares Bekenntnis zur ärztlichen Freiberuflichkeit ab, äußerte sich aber skeptisch zur Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) bis September. Das klingt nach Vertagung - und damit sind wir schon in der nächsten Legislaturperiode angelangt.

In diesem Kontext noch ein Wort zur bisweilen verkannten Bedeutung der Zahnmedizin. Zahnmedizin ist nicht nur Bleaching, Wellness und schöne gerade Zähne, nein, Zahnmedizin ist Orale Medizin mit gravierenden Schnittstellen zur Medizin (PARO, Orale Chirurgie, CMD usw.). Ebenso hat die Medizin mit einer Vielzahl von Diagnosen gravierende Schnittstellen zur Oralen Medizin (z.B. Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes, um nur eine zu nennen).

Deshalb fordern wir unverzüglich, endlich die komplette Novelle der AOZ mit dem Masterplan Medizin 2020 zu vernetzen.

Hier sparen die Länder an der völlig verkehrten Stelle!

Und wenn wir schon beim Vernetzen sind, kann ich nur dringend anregen, danach auch die Musterweiterbildungsordnungen neu auszurichten.

Denn bei beiden Themen geht es auch um die Zukunft der Zahnmedizin.

Die nächsten Jahre haben bereits begonnen

Angela Merkel wird uns ab Herbst nicht mehr durch Krisen und Konflikte führen. Ihre 16 Jahre werden die Geschichtsbücher würdigen. Mein persönlicher Eindruck bleibt positiv: Ihren Politikstil, ihr seriöses, unprätentiöses und krisensicheres Auftreten sowie ihren grundsätzlichen Rückhalt in der Mitte der Gesellschaft werde ich sicher vermissen, ungeachtet politischer Differenzen im Detail. Gerade in diesen Zeiten, wo Spaltungen und Spannungen zunehmen, sind diese Charaktereigenschaften und deren Erfolge überaus wertvoll und bieten nachhaltig Orientierung. Hoffen wir, dass wir in diesem Sinne auch zukünftig unideologisch regiert werden.

Wer die politische Zukunft klarer sehen möchte, dem empfehle ich aktuell einen Blick in die vorgelegten Wahlprogramme der demokratischen Parteien.

Bündnis 90/Die Grünen schweben auf einer umfragegestützten Erfolgswelle und werden sicherlich nach dem 26. September eine relevante Rolle spielen. Deshalb haben auch wir dort genauer nachgelesen, was in dem Programm mit dem – noch nicht finalen Titel – „Deutschland. Alles ist drin.“ tatsächlich drin und was denn draußen geblieben ist. Und vor allem auch, was in den begleitenden Papieren aus Partei und Fraktion steht.

Seite 66 formuliert dort zum Beispiel unmissverständlich: „Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung, in der jede\*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt, die er oder sie braucht.... Auch Beamte, Selbständige, Unternehmer\*innen und Abgeordnete beteiligen sich ...“ Das Ende der angeblichen „Zwei-Klassen-Medizin“ wird ausgerufen.

Liebe Delegierte, seit längerem kennen wir diesen Geist, der alle vier Jahre aus der Flasche entweicht. Das Wort Bürgerversicherung ist attraktiv – keine Frage –, vernebelt aber gleichzeitig die Sinne. Die, die sie fordern, drücken sich vor der Beantwortung der entscheidenden Frage: wie soll das wirklich gehen? Auch Bündnis 90/Die Grünen geben darauf keine Antwort, sondern fordern als ersten Schritt eine Verbesserung der Versorgung gesetzlich Versicherter, zum Beispiel bei der Erstattung von Brillen.

Dieser schnelle Sprung vom großen Ganzen in die Augenoptik lässt die wesentlichen Vorteile des dualen Systems aus PKV und GKV bewusst aus dem Blick: die flächendeckende Versorgung und die notwendige Finanzierung des medizinischen Fortschritts bis hin zu Spitzenleistungen, und das zum Wohle der Patientinnen und Patienten.

Wer diese beiden Standbeine des dualen Systems wegziehen möchte, muss klar sagen, wie unser Gesundheitssystem in Zukunft stattdessen laufen soll. Dazu habe ich nichts gefunden. Bleibe aber immer dialogbereit und selbstverständlich streitlustig.

Die SPD wird noch deutlicher. Unter der Überschrift „Update für die Gesundheit“ unterstreicht die SPD eine bekannte, alte Forderung mit den Worten: „Wir werden eine Bürgerversicherung einführen“. Richtig ist, dass die SPD im weiteren Text deutlich konkreter und differenzierter wird als das grüne Wahlprogramm. Besser wird es dadurch aber nicht.

Liebe Delegierte, FDP und CDU betonen die Freiberuflichkeit, die Wahlfreiheit für die Patienten und das Wettbewerbsprinzip. Ob die FDP in der kommenden Regierung sein wird, wissen wir nicht und die CDU kämpft noch mit der Ausrichtung von Programm und Spitzenkandidat.

Heißt: wir müssen sehr deutlich machen, wofür wir stehen und was wir wollen. Ich bin Rheinländer und mit dem kölschen Grundgesetz vertraut. Aktuell kann ich aber nicht empfehlen, auf das Mantra „Et hätt noch immer jot jejeange“ zu setzen. Auch wenn Koalitionen die eigenen Parteien zwingen, von Maximalforderungen abzulassen, brauchen wir hier einen scharfen Blick, geraden Rücken und eine klare Kommunikation unserer Argumente.

Denn wir sind gesprächsbereit und sehen sehr wohl die Notwendigkeit einer Modernisierung unseres Gesundheitssystems. Gerade die Corona-Pandemie hat schonungslos offengelegt, wo Veränderungen notwendig sind.

(Sie hat aber auch gezeigt, zu welchen Leistungen die niedergelassene Kollegenschaft fähig ist. Hier erinnere ich z.B. auch besonders an das imposante Ergebnis von Impfungen durch die Hausärzte.

Das sollte die Politik einmal mehr verinnerlichen und darüber ernsthaft nachdenken.) Deshalb haben wir folgende Eckpunkte auf unserem Zettel, die nach dem 26. September für Patientinnen und Patienten in Deutschland und über 72.000 Zahnärzte und Zahnärztinnen wirklich relevant sind:

Dazu gehört explizit die Stärkung des dualen Krankenversicherungssystems, weil es sich gerade in der Krise bewährt hat. So stand in einem Artikel des Handelsblatts vom Juli letzten Jahres zurecht, kurz und knapp: „Das deutsche Gesundheitssystem war schon vor Corona im internationalen Vergleich gut aufgestellt“. Eine alte Fußball Weisheit bringt es deshalb auf den Punkt: die Tabelle lügt nicht. Und wenn das bewährte System einen Spitzenplatz einnimmt, macht es wenig Sinn, über die Abschaffung von PKV und GKV weiter nachzudenken.

Wenn wir gemeinsam mit der Politik über wirkliche Innovationen und Verbesserungen nachdenken wollen, dann geht es um eine spürbare Entlastung der Zahnarztpraxen von überbordender Bürokratie. Es geht um die Förderung der freiberuflichen Leistungserbringung vor allem durch eine angemessene Stärkung der freien Arzt- und Therapiewahl. Und es geht um die die Abschaffung der Ungerechtigkeit bzw. eine ausgewogene, faire Reform der GOZ im Sinne des medizinischen Fortschritts.



Digitale Innovationen stoßen in Deutschland auf komplexe Strukturen und komplizierte Fragen des Datenschutzes. An der aktuellen Diskussion zum Thema digitaler Impfpass zeigt sich, dass die digitale Transformation eines kleinen, gelben Buches nicht trivial ist, sondern einem digitalen Staatsakt gleicht. Deshalb ist unser Anliegen, die praxistaugliche Digitalisierung gezielt zu fördern, so wichtig. Denn in den nächsten vier Jahren werden die Grundsteine einer digitalen Infrastruktur in Deutschland gelegt werden müssen, die den Alltag und die Arbeit der Menschen erheblich erleichtert – in der Stadt, auf dem Land und in unseren Praxen.

In vielen Diskussionen sprechen wir gerne von der Beendigung des Reformstaus. Ich möchte es deutlich positiver formulieren: mit der nächsten Regierung brauchen wir eine Haltung, die mehr Vorfahrt für Veränderungen möglich macht. Möglich machen heißt „konkret machen“ und nicht Bewährtes aufs Spiel zu setzen, ohne zu sagen, wie es weiter geht.

Liebe Delegierte,

wesentliche „lessons learned“ habe ich angesprochen. Was wir aber nicht neu lernen müssen, sind unsere zentralen Werte: Freiheit, Vertrauen und Verantwortung. Diese machen das Wesen der Freiberuflichkeit aus, sie machen uns aus, sie sind unsere Berufung und neudeutsch unser Markenkern. Dieser Dreiklang muss sich in unserem Auftreten wiederfinden, muss unseren Charakter ausmachen und im Gemeinwohl deutlich werden.

Ich habe zu Beginn meiner Rede vom Heilberuf und dem Verhältnis zum Patienten als einem Schlüssel gesprochen. Für dieses Vertrauensverhältnis im Sinne der Freiberuflichkeit Verantwortung zu tragen, ist unser Schlüssel im politischen Alltagsgeschäft. Dafür lohnt es sich nicht nur die nächsten vier Jahre, sondern über Jahrzehnte zu kämpfen.

Bevor ich nun zum Schluss komme, bin ich Ihnen noch eine Information über den eingangs erwähnten bronzenen Pflasterstein schuldig.

Darauf ist eine Aussage von Albert Einstein abgebildet, die ich Ihnen hier und heute sehr eindringlich ans Herz legen möchte. Sie lautet:

„Die Welt, die wir geschaffen haben,  
ist das Resultat einer überholten Denkweise.  
Die Probleme, die sich daraus ergeben,  
können nicht mit der gleichen Denkweise gelöst werden,  
durch die sie entstanden sind.“

Sie sehen, die nächsten Jahre werden kämpferisch, anders, aber sicherlich immer spannend. Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in Land und Bund für 13 bewegende Jahre.

Dank Vorstand, GV, KZBV, DGZMK, Verwaltung, Lemor

Gerne werde ich mich weiter aus dem Rheinland mit Herz und Leidenschaft einbringen.

Da wir die Zukunft am besten voraussagen können, wenn wir sie selbst gestalten, wünsche ich uns allen eine überzeugende, zukunftsstragende und weise Wahl und einen guten Tag!

